

JU Landesverband Braunschweig  
Gieselerwall 2  
38100 Braunschweig  
<http://www.ju-lv-bs.de>

[info@ju-sicherheitsforum.de](mailto:info@ju-sicherheitsforum.de)  
<http://www.ju-sicherheitsforum.de>

Nr. 2/2004

## Soldatische Treue und das Primat der Politik – Das Verhältnis von Politik und Bundeswehr

Marco Kelb

Welchen Stellenwert hat das Wirken der Bundeswehr in der sogenannten Berliner Republik? Angesichts der Teilnahme von Bundeswehrangehörigen an zahlreichen friedenssichernden Auslandseinsätzen gewinnt diese Frage immer stärker an Gewicht, da sich unsere Soldaten berechtigterweise die Frage stellen müssen, in welchem Maße sie sich auf die politischen Entscheidungsträger unseres Landes verlassen können. Die Beteiligung der Bundeswehr an den Einsätzen auf dem Balkan, am Horn von Afrika und vor allem in Afghanistan sind nicht frei von Gefahren. Immer wieder zeigt sich, dass die vielfältigen Bedrohungen welche unter anderem von Getreuen der Taliban und Mitgliedern der Al Kaida ausgehen, sich auch auf unsere Soldaten beziehen.

Die Politik, der in einem auf demokratischen Grundlagen beruhenden Staat das Primat über die Streitkräfte zukommt, hat entschieden, dass unsere Soldaten sich an den genannten Einsätzen beteiligen. Es ist nicht die Aufgabe der Bundeswehr über Sinn und Umfang eines solchen Einsatzes zu laminieren. Die Entscheidung wird akzeptiert und der Auftrag wird erfüllt. Dabei setzt die Bundeswehr getreu ihrer Aufgabe das um, was Bundestag und Bundesregierung entscheiden.

Unsere Soldaten beugen sich dem Primat der Politik. So will es die Stellung unserer Armee. Ein anderes Verhalten würde dem Prinzip des demokratischen Rechtsstaates zuwiderlaufen. Somit sorgt die Bundeswehr nicht durch Protestmärsche, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder aggressivem Lobbyismus für öffentliches Aufsehen. Die Bundeswehr setzt um, was von ihr verlangt wird.

### Besonderer Vertrauensschutz

Für die politischen Entscheidungsträger unserer Republik wäre es also ein Leichtes, Entscheidungen zulasten der Bundeswehr zu treffen, ohne das sich bemerkenswerter Widerstand regen würde. Genau diese Tatsache begründet die Notwendigkeit eines besonderen Vertrauensschutzes zugunsten der Bundeswehr gegenüber den politischen Entscheidungsträgern. Ferner darf die von den Soldaten geleistete Treueschwur keine Einbahnstraße sein. Ebenso ist der Staat verpflichtet auf seine Art gegenüber den Soldaten Treue zu demonstrieren.

Als ein schwerwiegender Einschnitt in dieses Treueverhältnis ist daher der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 25. August 1994 zu werten, welcher zum Inhalt hat, dass der Ausspruch "Soldat sind Mörder" im Rahmen der im Artikel 5 des Grund

gesetzes festgeschriebenen Meinungsfreiheit ungeahndet bleibt. Dieser Beschluß, gefasst von der judikativen Gewalt unseres Staates, bedeutet einen tiefen Einschnitt in den Schutz der soldatische Ehre. Damals haben zahlreiche Vertreter von SPD, CDU und FDP diese Entscheidung, welche den Vertrauensschutz zwischen Republik und Bundeswehr beschädigt, harsch kritisiert. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Politik sowohl der Regierung Kohl als auch der Regierung Schröder mit der Bundeswehr immer wieder schadhaft umgegangen sind.

### Die Armee als Stiefkind der Politik?

Dieser schadhafte Umgang lässt sich am offensichtlichsten anhand des steten Raubbaus am Verteidigungshaushalt festmachen. Der Verteidigungshaushalt wird immer wieder als finanzpolitisches Stiefkind behandelt, weil die Bundeswehr wie bereits erläutert leiser schreit als alle anderen Gruppen. Dies hat zur Folge, dass unsere Soldaten mit immer älterem Material und immer weniger Raum für Investitionen immer mehr und immer anspruchsvollere Aufgaben zu übernehmen haben. Dazu gehören unter anderem die Auslandseinsätze, deren Aufwand einen ganz erheblichen Einfluß auf die Wehrfähigkeit unseres Landes haben wird, soweit nicht endlich eine deutliche finanzielle Stärkung der Truppe durch einen Verteidigungshaushalt mit einem Investitionsanteil von 30 Prozent bereitgestellt wird. Die von Bundesverteidigungsminister Struck angestoßene Reform der Bundeswehr läuft ohne finanzielle Stärkung der Truppe ins Leere, bzw. schwächt die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr sogar. Das Primat der Politik trägt auch die Pflicht zur Verantwortung in sich. Diese Verantwortungspflicht muss von den Entscheidungsträgern unseres Landes endlich beherzigt werden.

Das deutsche Volk weiß, dass es sich auf seine Soldaten verlassen kann. Eines von zahlreichen Indizien dafür ist der Anstieg des Vertrauens der Bevölkerung in die Bundeswehr. Verantwortlich hierfür sind neben den Auslandseinsätzen, die Einsätze der Bundeswehr bei der Oderflut und der Flutkatastrophe im Jahre 2002. Des Weiteren genießt die Bundeswehr auch im Ausland einen ausgezeichneten Ruf, den sie sich durch ihre vorbildliche Auftragserfüllung in den Auslandseinsätzen erworben hat.

Wann würdigt endlich auch die deutsche Politik die Leistungen unserer Soldaten in angemessener und nachhaltiger Form und nicht nur in Sonntagsreden?

*Marco Kelb (22), ist Stellvertretender Vorsitzender und sicherheitspolitischer Sprecher der Jungen Union Landesverband Braunschweig sowie Kreisvorsitzender der Jungen Union Wolfenbüttel.*